



Presseinformation

Nr. 363/2014 - Hannover, den 04.11.2014

Pressekontakt:

Julia Treblin
Tel.: 0511 / 30 30 43 03
Fax: 0511 / 30 30 48 63
Mobil: 0162 / 2 13 95 59
E-Mail: julia.treblin@lt.niedersachsen.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

www.fdp-fraktion-nds.de
www.facebook.com/fdpfraktionnds
www.twitter.de/fdpfraktionnds

Bildungspolitik

Björn Försterling: Heiligenstadts Gleichbehandlung ist Gleichmacherei - Schulgesetz ist Angriff auf Schulvielfalt

Hannover. Das von Ministerin Heiligenstadt am Dienstag vorgestellte Schulgesetz ist nach Ansicht des bildungspolitischen Sprechers der FDP-Fraktion, Björn Försterling, ein massiver Angriff auf die Schulvielfalt in Niedersachsen. „Jetzt hat die Ministerin die Maske fallen lassen. Dieses neue Schulgesetz schafft keine Chancen für die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen, sondern ist Gleichmacherei“, so Försterling weiter. Unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung aller Schulformen verbirgt sich die Gleichmacherei durch einen massiven Eingriff in die vielfältige Schullandschaft in Niedersachsen.

Nach den Plänen der Ministerin soll die Gesamtschule ersetzende Schulform werden und erst die Haupt-, Real- und Oberschulen ersetzen und dann die Gymnasien. „Am Ende soll Niedersachsen ein Einheitsschulland sein. Diese Entwicklung muss im Ansatz verhindert werden. Wir werden gegen dieses Schulgesetz mit allen Mitteln kämpfen, schließlich geht es um die Zukunft unserer Kinder“, kündigte Försterling an. Nach der eingeführten erleichterten Gründung von Gesamtschulen durch Rot-Grün seien nur zehn neue Gesamtschulen im Land entstanden. Das reicht der Ministerin offenbar nicht, so dass sie jetzt den Schulträgern ermöglichen will, durch die Schließung und Zusammenlegung von kleineren Haupt-, Real- und Oberschulen weitere Gesamtschulen zu gründen. „Das wird zu einer Ausdünnung der Schullandschaft und zu deutlich längeren Fahrzeiten für die Schüler im ländlichen Raum führen“, erläutert Försterling die Folgen des neuen Schulgesetzes und „dann werden die Gesamtschulen als nächstes einen festen Anteil an den gymnasialen Schülern einfordern um nicht zur Restschule zu verkommen. Das bedeutet dann die Schließung zahlreicher Gymnasien in Niedersachsen“.

Kritisch sehen die Liberalen auch die mögliche Abschaffung von Schulnoten in der dritten und vierten Klasse sowie das Entfallen der Schullaufbahnpflicht. Dabei sprechen sich die Mehrheit der Schüler, Eltern und Lehrer für das Sitzenbleiben und für Schulnoten aus. Dass aber die Ministerin die Wünsche von Eltern nicht ernst nehme, zeige auch das Auslaufen der Förderschule Sprache auslaufen. Försterling: „Mehrere zehntausend Menschen haben dagegen eine Petition eingereicht. Ihre Forderung wird von Rot-Grün verhöhnt.“

www.facebook.com/fdpfraktionnds

|

www.twitter.com/fdpfraktionnds

